



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage 2024-GC-183

Wie sorgt der Kanton Freiburg für IT-Resilienz?

Urheber:	Dorthe Sébastien / Michellod Savio
Anzahl Mitunterzeichner/innen:	0
Einreichung:	22.07.2024
Begründung:	---
Überweisung an den Staatsrat:	22.07.2024
Antwort des Staatsrats:	24.09.2024

I. Anfrage

In der Anfrage «Welche Auswirkungen hat der Verlust gewisser Mandate des ITA?» ging es uns insbesondere um die IT-Souveränität des Kantons. Der von CrowdStrike verursachte weltweite Computerausfall, der am 19. Juli 2024 Millionen von Computern betraf, hatte weitreichende Auswirkungen und macht die Frage der IT-Souveränität noch aktueller.

Wir stellen demnach die folgenden zusätzlichen Fragen:

1. War die Kantonsverwaltung von diesem Ausfall betroffen? Wenn ja, in welchem Ausmass und mit welchen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger?
2. Welche spezifischen Massnahmen plant der Staatsrat, um die Abhängigkeit von externen Dienstleistern zu verringern? Welche Massnahmen werden ergriffen, um die interne IT-Infrastruktur zu stärken und die Resilienz gegen künftige globale Ausfälle zu erhöhen?
3. Hat der Staatsrat bereits eine Schätzung der durch einen grossen, die öffentlichen Dienste betreffenden Ausfall (Datenverlust, Betriebsunterbrechungen, verlorene Arbeitsstunden usw.) entstehenden direkten und indirekten Kosten vorgenommen? Wenn ja, wie hoch sind diese?

II. Antwort des Staatsrats

1. *War die Kantonsverwaltung von diesem Ausfall betroffen? Wenn ja, in welchem Ausmass und mit welchen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger?*

Nein, die Kantonsverwaltung war von der von «CrowdStrike» verursachten IT-Panne nicht betroffen.

2. *Welche spezifischen Massnahmen plant der Staatsrat, um die Abhängigkeit von externen Dienstleistern zu verringern? Welche Massnahmen werden ergriffen, um die interne IT-Infrastruktur zu stärken und die Resilienz gegen künftige globale Ausfälle zu erhöhen?*

Der Staat Freiburg war zwar nicht von der oben erwähnten Panne betroffen, ist aber nicht vor einer Panne grösseren Ausmasses gefeit. So häufen sich derzeit die Cybervorfälle, und der digitale Wandel stellt uns vor immer grössere Herausforderungen.

Die Strategie der Cybersicherheit und der IT-Souveränität des Staates Freiburg ist in diesem Kontext zu sehen. Ihre Ausarbeitung wurde vom Amt für Informatik und Telekommunikation initiiert und im Frühling 2024 dem Staatsrat unterbreitet, der sie im Grundsatz gutgeheissen hat. Ziel ist es, dass der Staat Freiburg die Herausforderungen und Risiken der Digitalisierung meistern kann, resilient, souverän und proaktiv. Dies lässt sich über zwei zentrale Ausrichtungen der angesprochenen Strategie erreichen. Bei der ersten handelt es sich um eine Strategie zur Stärkung der Resilienz der digitalen Infrastruktur des Staates im Krisenfall und zur Stärkung seiner digitalen Souveränität. Dabei geht es um die Befähigung des Staates, unter allen Umständen die Kontinuität seiner Führung, seiner systemrelevanten Aufgaben und der öffentlichen Sicherheit gegenüber Cyberrisiken zu gewährleisten. Bei der zweiten, umfassenderen Ausrichtung handelt es sich um eine kantonale Cybersicherheitsstrategie.

Diese Strategien werden selbstverständlich aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht. Das Thema könnte hingegen in der Unterkommission ITA der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission diskutiert werden.

Die Cybersicherheit wird vom ITA und auch von anderen Stellen, z. B. der Polizei, die ebenfalls involviert ist, sehr ernst genommen. Das ITA ergreift im Rahmen der ihm zugewiesenen Mittel alle Massnahmen zur Risikominderung. So wird beispielsweise der Datenverkehr von einem Security Operation Center (SOC) permanent überwacht.

Es ist anzumerken, dass die internen Ressourcen (VZÄ), die dem ITA vom Staatsrat im Rahmen der von diesem vorzunehmenden Budgetaufstellung und Prioritätensetzung zugestanden werden, kein Insourcing aller gewünschten Leistungen erlauben. Somit bleibt keine andere Wahl, als bestimmte Leistungen über Verträge mit Dritten zu finanzieren. Diesbezüglich hält der Staatsrat fest, dass er beschlossen hat, eine Analyse der vom ITA vergebenen externen Aufträge (Basis Rechnung 2024) zu veranlassen. Es soll auch geprüft werden, ob es sinnvoll ist, ITA-interne Fachkräfte einzustellen und so die Outsourcing-Kosten zu senken. Dies könnte sich für den Staat als vorteilhaft erweisen, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in Bezug auf das interne Know-how.

- 3. Hat der Staatsrat bereits eine Schätzung der durch einen grossen, die öffentlichen Dienste betreffenden Ausfall (Datenverlust, Betriebsunterbrechungen, verlorene Arbeitsstunden usw.) entstehenden direkten und indirekten Kosten vorgenommen? Wenn ja, wie hoch sind diese?*

Es wurde keine solche Schätzung vorgenommen, da die diesbezüglichen Hypothesen sehr unterschiedlich sein können.